

Nr.: 107-XVI./2021

■ Dezernat	V - Soziales & Jugend	23.06.2021
■ Fachbereich	Aufnahme & Integration	
■ Verfasser/-in	Vollbrecht, Thomas	
■ Telefon	07621 410-5300	

Beratungsfolge	Status	Datum
Sozialausschuss und Betriebsausschuss "Heime des Landkreises Lörrach"	öffentlich	23.06.2021

Tagesordnungspunkt

Bericht zur Situation der Perspektiv- und Rückkehrberatung im Landkreis Lörrach

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	6	Soziales & Arbeit
Produktgruppe	31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler
Produkt(e)	31.30.01	Hilfen für Flüchtlinge
Klimawirkung	<input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> neutral <input type="checkbox"/> negativ <input checked="" type="checkbox"/> keine	

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

Im Landkreis Lörrach gibt es seit dem 15.04.2009 das Angebot einer Perspektiv- und Rückkehrberatung. Als Beraterin ist Frau Petra Schmid aktuell mit einem Stellenanteil von 80 % für diese Aufgabe eingesetzt. Vom Land Baden-Württemberg wird das Projekt jährlich mit bis zu 50 % der anfallenden Kosten gefördert, zunächst bis zum 14.04.2022.

Das Angebot der Perspektiv- und Rückkehrberatung wird sehr gut nachgefragt und die Beratungen verlaufen überwiegend erfolgreich. Messen lässt sich dies an denjenigen Menschen, die in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind.

Tatsächlich erfolgte Ausreisen:

2009 bis 2017 =	1.063 Personen/zusätzl. 15 Personen ohne Bezug öffentlicher Leistungen
2018 =	22 Personen
2019 =	16 Personen
2020 =	17 Personen

Von den ausgereisten Personen sind inzwischen insgesamt 2 Personen wieder in den Landkreis Lörrach zurückgekehrt. Eine Person ist nach 6 Monaten erneut ausgereist. Im Vergleich zur Anzahl der Ausreisen ist dieser Wert sehr gering.

Nach wie vor gibt es Menschen mit ausländischen Wurzeln, die in Deutschland keinerlei Perspektiven mehr haben und deshalb eine Rückkehr in ihre Heimatländer erwägen. Diese Personen haben einen großen Informationsbedarf. Geklärte Fragen und aufgezeigte Perspektiven sind die Grundlage für die Entscheidung für eine freiwillige Rückkehr.

Neben der umfassenden Beratung ist eine finanzielle Unterstützung elementar wichtig, damit im Heimatland der Lebensunterhalt temporär sichergestellt werden kann. Verfügbare Barmittel sind ein wichtiger Grund, weshalb sich die Menschen für eine Rückkehr entscheiden und nicht für den weiteren Verbleib im Landkreis Lörrach und damit auch für den weiteren Bezug von öffentlichen Leistungen.

Seit März 2020 sind Rückreisen wegen Corona mit besonderen Herausforderungen verbunden und die ständigen Änderungen der Beschränkungen erschweren die Arbeit der Rückkehrberaterin deutlich. So können zum einen nur sehr eingeschränkt Flüge gebucht werden und zum anderen besteht immer das Risiko, nicht „einchecken“ zu können, weil die ständig wechselnden Vorgaben nicht eingehalten werden können. Aktuell muss ein negativer PCR-Befund wegen Corona in englischer Sprache per Smartphone abrufbar sein, der nicht älter als 48 Stunden sein darf. Ein PCR-Test ist auch auf dem Flughafengelände möglich, jedoch muss das Testergebnis rechtzeitig vor Flugbeginn vorliegen.

Von 2009 bis 2020 sind insgesamt 1.118 Personen in ihre Heimatländer ausgereist. Alle diese Menschen haben öffentliche Leistungen bezogen, davon überwiegend Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), eine geringe Anzahl Leistungen nach dem SGB II und einige wenige Grundsicherung nach dem SGB XII.

Der jährliche Aufwand durch öffentliche Leistungen für eine Person beträgt ca. 9.000 EUR. Nicht berücksichtigt hierbei sind Kosten für Leistungen bei Krankheit, die im Rahmen des AsylbLG zusätzlich zu übernehmen sind.

Bereits die wirtschaftlichen Aspekte sprechen für das Angebot der Perspektiv- und Rückkehrberatung, da die erzielten Einsparungen bei den öffentlichen Leistungen die Kosten für das Angebot deutlich übersteigen.

Zusätzliche Informationen zur Perspektiv- und Rückkehrberatung entnehmen Sie bitte der beigefügten Anlage.

Frau Petra Schmid wird über die aktuelle Situation im Ausschuss berichten und für Fragen zur Verfügung stehen.

Marion Dammann
Landrätin

Elke Zimmermann-Fiscella
Dezernentin für Soziales & Jugend

Anlage:
Zusätzliche Informationen zur Mitteilungsvorlage